

A stylized map of Serbia is formed by a grid of dots. Most dots are light gray, but several are colored red, highlighting specific regions or points of interest on the map.

Regierungsbildung in Serbien: Zurück in die Neunziger Jahre?

MICHAEL EHRKE
August 2012

- Die neue Regierung Serbiens wird im Grunde von denselben Parteien dominiert, die das Land in den neunziger Jahren in die Jugoslawien-Kriege geführt haben: Einer Abspaltung der nationalistischen Radikalen Partei und der Sozialistischen Partei. In der Region wird nun befürchtet, dass Serbien für seine Nachbarn wieder zu einer Bedrohung werden könnte. Derartige Befürchtungen sind jedoch überzogen: Beide Parteien haben sich unter dem Druck der Umstände gewandelt und streben die Mitgliedschaft Serbiens in der EU an.
- Die beiden führenden Regierungsparteien gehören einander entgegengesetzten Parteienfamilien an bzw. wollen ihnen angehören. Die Gemeinsamkeiten sind jedoch stärker als die formellen Gegensätze. Sie basieren auf einem moderaten Nationalismus, der weniger auf die Diktatur Milosevics zurückgeht als auf ältere nationalromantische Traditionen. Die auf den ersten Blick anormale Koalition könnte sich daher als durchaus stabil erweisen.
- Die in den Parlaments- und Präsidentenwahlen unterlegene pro-europäische Demokratische Partei ist seit dem Sturz Milosevics im Jahre 2000 aufs engste mit den staatlichen Strukturen Serbiens verflochten. Wohlmeinende Kritiker meinen, dass sie sich in der Opposition regenerieren könne und müsse. Es besteht aber auch die Gefahr, dass sich die Demokraten in der Opposition selbst beschädigen und zu einer Siebenprozentpartei zurückentwickeln. Dies wäre eine für die serbische Demokratie tragische Folge der jüngsten Wahlen.

Fast drei Monate nach den Parlamentswahlen vom 6. Mai wurde die neue Koalitionsregierung Serbiens vorgestellt. Ihre Säulen sind die Progressive Partei Serbiens (SNS) und die Sozialistische Partei Serbiens (SPS). Mit von der Partie sind die kleinere Union der Regionen Serbiens (URS, früher G17+), die Sozialdemokratische Partei Serbiens (SDPS) und die Demokratische Aktionspartei des Sandzak. Da die SNS eine Abspaltung der Serbischen Radikalen Partei (SRS) ist, wird Serbien heute im Grunde von den beiden Parteien regiert, die als die Hauptverantwortlichen für die Kriege in Kroatien, Bosnien und im Kosovo gelten müssen, die Sozialisten als Machtapparat und Wahlfälschungsmaschine des Diktators Slobodan Milosevic und die Radikalen als die bösesten Kriegshetzer und Kriegstreiber, die paramilitärische Einheiten aufstellten und morden, plündern und vergewaltigen ließen. Ist Serbien nun, wie in den Nachbarländern befürchtet wird, auf dem Weg zurück in die neunziger Jahre?

Haben sich die Parteien gewandelt?

Natürlich haben sich beide Parteien seit 1998–2000, als sie zum letzten Mal eine Regierung bildeten und Serbien in den Kosovo-Krieg führten, verändert. Die SNS hat sich nach den Parlamentswahlen von 2008 von der Radikalen Partei abgespalten, deren formelles Oberhaupt Vojislav Seselj in Den Haag als Kriegsverbrecher angeklagt ist. Nur 20 von 90 radikalen Abgeordneten schlossen sich Seseljs Statthalter Tomislav Nikolic und der neuen Fortschrittspartei an, diese erbte aber fast die gesamte Wählerschaft der SRS. Im Mai 2012 wurde die SNS erwartungsgemäß zur stärksten politischen Kraft, während der verbliebene Rest der Radikalen Partei an der Fünfprozenthürde scheiterte. Die SNS konnte das Wählerpotential der Radikalen ausschöpfen, nicht aber erweitern, sie gewann 2012 weniger Stimmen als die Radikale Partei 2008, führte dem nationalistischen Lager also keine neuen Wähler zu. Die Sozialisten vollzogen ihre Wende ebenfalls 2008, als sie in eine Koalition mit der pro-europäischen Demokratischen Partei (DS) eintraten. Dem waren allerdings erhebliche innerparteiliche Auseinandersetzungen vorausgegangen. Noch 2004 hatte die SPS Slobodan Milosevic, der seit 2001 in Den Haag vor Gericht stand, zu ihrem Vorsitzenden gewählt, hinter den Kulissen hatte sich die Partei aber bereits in die der Anhänger des Diktators und die »Modernisierer«, unter ihnen der jetzige Parteivorsitzende Ivica

Dacic, gespalten. Aber erst nach Milosevics Tod 2006 konnten sich die Modernisierer mit der Wahl Dacis zum Parteivorsitzenden durchsetzen.

Wie ernst ist der Wandel der beiden Parteien zu nehmen? Zunächst: Der Wandel war in erster Linie real- und machtpolitisch motiviert; ohne ihn wären beide Parteien politisch marginalisiert worden. Für Nikolic war klar, dass die Radikalen nie würden regieren können, solange ihr Oberhaupt die Partei von einer Gefängniszelle in Den Haag aus dirigierte. Und den Sozialisten bot allein die Koalition mit der DS die Chance, der politischen Randstellung zu entgehen, in die sie nach dem Sturz Milosevics geraten waren. Die Führung beider Parteien erkannte auch, dass es für Serbien keine Alternative zur Annäherung an die EU gab. Das bedeutet nicht, dass sie von europäischen Werten durchdrungen wären, sondern nur, dass es sich auf diesem Kontinent nur Länder wie Norwegen und die Schweiz leisten können, die Mitgliedschaft in der EU *nicht* anzustreben. Zweitens gab es in keiner der beiden Parteien eine auch nur halbwegs ernsthafte Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Bei den Sozialisten wurde über Milosevic nach 2006 einfach nicht mehr gesprochen, bei der SNS kam es nicht einmal zu dieser dürftigen Form der Vergangenheitsbewältigung. Drittens sind beide Parteien – wie fast alle serbischen Parteien – autoritäre Führerparteien, in denen innerparteiliche Debatten nicht stattfinden oder nicht nach außen dringen. Allerdings weist die SPS immerhin erkennbare innerparteiliche Strukturen auf, sie hat Flügel, zwischen denen die Führung vermitteln muss. Die SNS dagegen scheint nur nach dem Führerprinzip strukturiert bzw. strukturlos zu sein.

Die Äußerungen und Handlungen der beiden Parteiführer geben widersprüchliche Hinweise, ob und in welche Richtung sich ihre Parteien gewandelt haben. In seinem berühmten Interview mit der FAZ bezeichnete Nikolic Vukovar als »serbische Stadt« (wobei er falsch übersetzt oder missverstanden wurde) und stritt dem Srebrenica-Massaker die Qualität eines Genozids ab; nach der Verhaftung von Ratko Mladic aber hatte er eingeräumt, auch unter einer von ihm geführten Regierung wäre Mladic verhaftet und an das Haager Gericht überstellt worden. Dacic brach ein Tabu, als er öffentlich dazu aufforderte, über eine Teilung des Kosovo nachzudenken, und er wandte sich gegen einen neuen Eid der Gendarmerie, in dem fast ausschließlich von der Bedeutung des Kosovo für Serbien die Rede ist. Aber er ließ die »rezi-

proke« Verhaftung von Kosovo-Albanern zu, weil Serben im Kosovo verhaftet worden waren – ein Akt, der jeder rechtsstaatlichen Grundlage entbehrte; und er forderte merkwürdigerweise dazu auf, im Verhältnis zum Kosovo Krieg als Mittel der Politik nicht auszuschließen.

Das Ergebnis ist gemischt: Beide Parteien (bzw. deren Führungsgruppen) haben die Realitäten anerkannt. Sie haben akzeptiert, dass Serbien in Europa liegt und die Demokratie *the only game in town* ist. Die Mentalitäten allerdings, die in den neunziger Jahren in die Kriege führten, sind weder bei den Führungsgruppen, noch bei den Mitgliedern und Wählern vollständig und auf einen Schlag verschwunden. Wie sollte es auch anders sein? Die beiden Parteien und ihre Führer haben die großserbische und anti-europäische Ideologie überwunden, aber es ist Ihnen offensichtlich noch nicht ganz klar, was das bedeutet. Daher wirken die öffentlichen Aussagen der Parteiführer – insbesondere Nikolic – oft merkwürdig ungeschickt und erratisch, als müssten sie noch ausloten, was in einer europäischen Demokratie öffentlich gesagt werden kann und was nicht.

Widersprüchliche Wahlergebnisse

»Hvala Beograde – Danke Belgrad!« – Plakate mit dieser Danksagung, unterzeichnet von Tomislav Nikolic, zierten nach der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen die Belgrader Hauswände. Denn in Belgrad wurden die Präsidentschaftswahlen entschieden. Boris Tadic, der Kandidat der DS und seit 2004 Staatspräsident Serbiens, hatte wie erwartet die meisten Stimmen in der Vojvodina gewonnen, Nikolic wie erwartet in den Hochburgen der SNS in Zentral- und Südserbien. Doch gerade in Belgrad, der Hochburg Tadic und der DS, gelang es der DS weder in den Parlaments-, noch in den Präsidentschaftswahlen ihre potentiellen Wähler zu mobilisieren, anders als in den gleichzeitig abgehaltenen Belgrader Kommunalwahlen, die DS-Kandidat Dragan Djilas klar für sich entscheiden konnte. In Belgrad nahm auch eine Kampagne ihren Ausgang, die dazu aufrief, ungültige Stimmzettel abzugeben, als Protest gegen die zur Wahl stehenden Alternativen. Zuvor hatte man seiner Protesthaltung dadurch Ausdruck verschafft, dass man der Wahl fern blieb. Da es jedoch verschiedene Gründe dafür gibt, einer Wahl fernzubleiben (gutes Wetter, schlechtes Wetter, Leibgrimmigen), wollte man den Protest durch die ungültige Stimme explizit und unterscheidbar von politischer Apa-

thie machen. Diese Bewegung der »weißen Zettel«, die von Belgrader Intellektuellen ausging, vereinigte mehr Stimmen auf sich, als Boris Tadic in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl für einen Sieg fehlten.

Die linksliberale Szene in Belgrad war mit den Wahlen in ein Dilemma geraten. Auf der einen Seite wollte man die DS für ihre im besten Fall gemischte Regierungsbilanz abstrafen, auf der anderen Seite hieß die Alternative Nikolic bzw. Fortschrittspartei. Die weißen Zettel brachten dann Nikolic. Vorgehalten wurde der DS, dass sie der wirtschaftlichen Krise nicht Herr wurde und dass viele ihrer führenden Mitglieder in Korruptionsfälle verstrickt waren. Die erste Vorhaltung ist kaum haltbar. Unter den gegebenen Bedingungen eines schwachen Staates und einer extern (vom IWF, von der EU, von imaginierten Investoren, die nicht kommen) gesteuerten Wirtschaft, in einem Umfeld zudem, in dem die südeuropäischen Euro-Staaten in die Rezession getrieben werden, ist *keine* denkbare serbische Regierung in der Lage, die Krise zu bewältigen. Die zweite Vorhaltung ist zutreffend, geht aber zu Unrecht davon aus, dass es auch anders sein könnte. Die DS ist wie jede serbische Partei auch eine »Balkan-Partei«, deren Führungsgruppen und Mitgliedern es eben nicht nur darum geht, die Realität unter dem Gesichtspunkt politischer Wertmaßstäbe zu gestalten, sondern auch darum, sich die Ressourcen des Staates anzueignen. Der DS wurde also vorgeworfen, dass sie sich in dieser Hinsicht nicht anders verhielt als die anderen Parteien – was allerdings auch darauf hinweist, dass an die DS andere Maßstäbe angelegt wurden als an die anderen Parteien.

Das Paradox der Wahlen von 2012 lag darin, dass die von der DS geführte pro-europäische Koalition das Amt des Staatspräsidenten und 24 Parlamentsmandate verlor, während ihr sozialistischer Koalitionspartner die Zahl seiner Mandate von 20 auf 42 mehr als verdoppelte, obwohl beide Parteikoalitionen derselben Regierung angehört hatten und in gleicher Weise für die als enttäuschend empfundene Regierungsbilanz verantwortlich waren. Dieses Paradox kann auf verschiedene Weise erklärt werden. Zum einen hatten zwei kleinere Parteien die DS-Koalition schon vor den Wahlen verlassen, die Serbische Erneuerungsbewegung Vuk Draskovics, die sich der Liberaldemokratischen Partei (LDP) zuwandte, und die G17+, die unter dem neuen Namen URS eine eigene Liste aufstellte. Wichtiger dürfte sein, dass die formell vom Premierminister Mirko Cvetkovic geführte

Regierung nicht koordiniert handelte, sondern den von den verschiedenen Parteipolitikern geführten Ministerien weitgehende Handlungsfreiheit ließ; in gewisser Weise besetzte Boris Tadic als Staatspräsident die Leerstelle eines handlungsfähigen Regierungschefs – eine Rolle, die ihm der Verfassung zufolge gar nicht zustand. Viele Wähler schrieben das unbefriedigende Ergebnis der Gesamtregierung Tadic und der DS zu, während die Sozialisten von der in der Tat erfolgreichen Spartenpolitik des Innenministers Ivica Dacic profitieren konnten. Es war Dacic, der die Vorleistungen erbrachte, die 2010 die Aufhebung der Visumpflicht im Schengen-Raum ermöglichten; und es war Dacic, der Erfolge bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität vorweisen konnte.

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass DS und SPS unterschiedliche Wählerschichten ansprechen. Die DS ist die Partei der gut ausgebildeten, liberalen und im Landesdurchschnitt jüngeren urbanen Mittelschichten, die von dem hohen, aber nicht nachhaltigen Wirtschaftswachstum der Jahre 2001 bis 2007 profitiert hatten, und die die Krise ab 2008 als besonders scharfen Einbruch wahrnahmen. An der Mehrheit der schlechter ausgebildeten, älteren und ärmeren Bewohner der Provinz dagegen waren die sieben fetten Jahre nahezu spurlos vorbeigegangen. Für diese Mehrheit der »kleinen Leute« verkörpert die DS die Belgrader Schickeria, die an den Problemen des Landes vorbei regiert und sich durch kriminelle Privatisierungen bereichert. Daher fühlt sie sich auch eher durch Politiker wie Nikolic und eben auch Dacic angesprochen, die eher unbeholfen »einfache Wahrheiten« auszusprechen scheinen. Aus dem Fernsehduell kurz vor der zweiten Runde der Präsidentenwahlen ging Experten zufolge Tadic als eindeutiger Sieger hervor, im Hinblick sowohl auf Eloquenz und sachliche Überzeugungskraft als auch auf kontrollierte Gestik und Mimik – doch gerade die Selbstrepräsentation als gebildetes Mitglied der Mittelschicht sollte sich als sein Handicap erweisen.

Warum wechselten die Sozialisten den Koalitionspartner?

Die neue Regierungskoalition kam als Überraschung. Generell war man davon ausgegangen, dass die Sozialisten ihre Koalition mit der DS fortsetzen würden, die ersten Verhandlungsrunden fanden zwischen DS und

SPS statt, und in den ersten Wochen nach den Wahlen dominierten in der Öffentlichkeit die Spekulationen, wie die alt-neue Regierung einen Präsidenten Nikolic würde unter Kontrolle halten können. Für die Erhaltung der alten Regierungskoalition sprach natürlich, dass sich DS wie SPS als sozialdemokratisch verstehen und Mitglieder derselben internationalen Parteienfamilie sind bzw. werden wollen. Mehr als das: Sie hatten ihre Gemeinsamkeiten 2008 in einem »Versöhnungspapier« dokumentiert, das die Grundlage einer langfristigen Partnerschaft sein sollte. Und nicht zuletzt war die Zusammenarbeit in der Regierung 2008–2012 weitgehend reibungslos verlaufen. Dacic erhielt vier Jahre lang die Gelegenheit sich öffentlich zu profilieren, auf einem Feld zumal – dem der inneren Sicherheit –, auf dem leichter als in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Popularität zu gewinnen ist.

Die Erklärung für den Partnerwechsel der Sozialisten ist auf den ersten Blick denkbar einfach: Die SNS bot Dacic mehr als die DS – die Position des Ministerpräsidenten. Der drittstärksten Kraft im Parlament wurde das Amt überlassen, das mit der größten Machtfülle verbunden ist. Dass die sozialdemokratischen Gemeinsamkeiten mit der DS weniger wogen als dieses Angebot, ist nicht nur unter den Bedingungen des Balkans nachvollziehbar. Es gab für die Sozialisten jedoch weitere Gründe, die Partner zu wechseln. *Erstens* scheint der Grundkonflikt der serbischen Politik, die Entscheidung für oder gegen »Europa«, verschwunden zu sein. Mit Ausnahme der DSS Vojislav Kostunicas treten alle im serbischen Parlament vertretenen Parteien für die Mitgliedschaft Serbiens in der EU ein – und alle außer der Liberaldemokratischen Partei (LDP) behaupten, dass dieses Ziel mit der Nicht-Anerkennung des Kosovo vereinbar sei. Wenn der nationalpolitische Grundkonflikt ausgeschaltet ist, dann muss jeder mit jedem eine Koalition bilden können – ein Zeichen demokratischen Fortschritts also. *Zweitens* spiegelt die Entscheidung der Sozialisten für eine Koalition mit der SNS durchaus die Stimmung der Mehrheit der Wähler wider; ihr Votum war, wie spätestens die zweite Runde der Präsidentenwahlen zeigte, ein Votum für den politischen Wechsel. *Drittens* – und damit im Zusammenhang – wäre die Mehrheit einer Koalition aus DS und SPS prekärer gewesen als 2008; die ethnischen Kleinparteien hätten zur Mehrheitsbeschaffung nicht mehr ausgereicht, es bedurfte eines Dritten im Bunde, und der konnte unter den gegebenen Bedingungen nur die LDP sein. Die LDP ist aber die Partei, die sich am radikalsten von der Vergangenheit

abgewandt hat und die EU-Integration bedingungslos vertritt, auch um den Preis des Kosovo. Die LDP wäre aber gerade für die Sozialisten ein äußerst schwieriger Koalitionspartner gewesen. *Viertens* hätte eine DS-SPS-Koalition gegen den Staatspräsidenten regieren müssen, was verfassungsmäßig und machtpolitisch kein Problem gewesen wäre, was die Konflikte im eigenen Lager aber kompliziert hätte. *Fünftens* schließlich muss auch auf die durchaus problematische Rolle von Boris Tadic hingewiesen werden. Tadic hatte die Präsidentenwahlen verloren, strebte dann aber das eigentlich mächtigere Amt des Ministerpräsidenten an. Das brachte ihn in den Verdacht, ähnlich wie Putin oder – näher liegend – der montenegrinische Staats-, Minister- und Staatsparteipräsident Milo Djukanovic im Wechsel der höchsten Ämter eine *persönliche* Machtkonzentration anzustreben.

Schließlich eröffnete sich vor und nach den Wahlen erstmals eine wirtschaftspolitische Debatte, in der DS und SPS konträre Positionen bezogen. Das Land, so der von den Parteien unabhängige Fiskalrat, steht vor dem Bankrott. Um diesen abzuwenden, müsse es ohne Zeitverlust die vom IWF empfohlenen Auflagen zur fiskalischen Konsolidierung umsetzen: Ein Einfrieren der öffentlichen Gehälter und Renten, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und den Abbau von Subventionen. Während die DS bereit war, diesen Auflagen zu folgen, lehnte die SPS sie vehement ab. Einer ihrer Vorwahl- und damit ständigen Partner sind die Vereinigten Rentner Serbiens, für die ein Einfrieren der Renten nicht in Frage kommt. Stattdessen schlugen die Sozialisten eine unorthodoxe Industriepolitik vor. Damit wurde in Serbien zum ersten Mal eine ernsthafte wirtschaftspolitische Debatte eröffnet, in der es letztlich darum ging, ob der vom IWF repräsentierte Washington-Konsens das einzige und unwidersprochene Bezugssystem der serbischen Wirtschaftsentwicklung sein kann.

Eine stabile Koalition?

Wenn die Fortsetzung der alten Regierungskoalition prekär gewesen wäre: Ist die neue Koalition weniger prekär? Ihr ist zumindest ein Sprengsatz eingebaut: Das Verhältnis der beiden größeren Parteien zur URS und deren Führer, Mladjan Dinkic. Dinkic ist als (jeweils wechselnd) Wirtschafts- und Finanzminister die Einzelperson, die am eindeutigsten seit dem Jahre 2000 für die serbische

Wirtschaftspolitik und deren Defizite verantwortlich ist. Im Wahlkampf wurde er von der SNS als Inbegriff all dessen verurteilt, was in der serbischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik zu beklagen ist. Dennoch wird Dinkics URS als sechststärkste Partei mit dem Finanz- und Wirtschaftsministerium die wichtigsten Schaltstellen der serbischen Wirtschaft besetzen und den eingespielten Politikmix aus orthodox-neoliberaler Makro- und korrupt-krimineller Mikroökonomie (u. a. Privatisierungen) fortsetzen. Die Frage ist, ob die beiden größeren Koalitionspartner Dinkic denselben Spielraum gewähren wie die DS bis 2010.

Was dagegen die Beziehungen zwischen SNS und SPS angeht, könnte sich die neue Koalition als durchaus stabil erweisen. Trotz der unterschiedlichen formellen politischen Zugehörigkeiten zum sozialdemokratischen bzw. zum konservativen Lager überwiegen tiefer liegende Gemeinsamkeiten. Beide Parteien wenden sich an dieselben Wählerschichten, an diejenigen, die als Transformationsverlierer gelten: Die Landbewohner, Industriearbeiter und Rentner. Beide stehen in der Tradition des serbischen Nationalismus, und zwar nicht nur im Sinne des Milosevics-Regimes, sondern auch im Sinne älterer nationalromantischer Vorstellungen des 19. Jahrhunderts mit stark egalitären Grundzügen. Auch die Radikale Partei verband in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts ihre Aggressivität nach außen immer mit einer Ansprache der »kleinen Leute«, um deren Probleme sie sich zu kümmern vorgab. Die Sozialisten pflegten in der Milosevic-Ära eine Arbeiter-Rhetorik, die den sozialen Niedergang der Arbeiterschaft überlebte. Kurz, unabhängig von dem in den Programmen niedergelegtem, modernem ideologischem Selbstverständnis, verkörpern SNS und SPS ähnliche soziale »Mentalitäten«, die es erleichtern werden, wirtschafts- und sozialpolitische Konflikte zu umgehen oder zu lösen.

Gesprächspartner in Belgrad äußern häufig die Befürchtung, dass die neue Koalition *durch Wahlen* nicht mehr von der Macht zu vertreiben sei, man werde in Zukunft wieder wie im Jahre 2000 auf der Straße um die Macht kämpfen müssen. Das größere Problem liegt aber möglicherweise darin, dass diese Koalition anders als Milosevic keine Wahlfälschungen benötigt, um sich an der Regierung zu halten, weil sie wirklich die »mentale Mehrheit« der Serben vertritt, oder besser: weil sie den Kompromiss vertritt – und dessen Grenzen –, den diese Mehrheit mit »Europa« schließen kann.

Und die Opposition?

Die neue Opposition setzt sich aus drei größeren Parteien zusammen, die die drei Grundrichtungen der serbischen Politik repräsentieren. Die DSS Kostunicas ist konservativ-nationalistisch und anti-europäisch, die LDP ist konsequent pro-europäisch, und die DS, die Partei der Demokratie in Serbien, verkörpert das Zentrum. Ein Zusammengehen aller drei Kräfte – eine »vereinigte Opposition« – ist ausgeschlossen. Zwischen DS und LDP dagegen ist eine Kooperation denkbar.

Die DS, seit ihrer Gründung 1990 mit der Opposition zur Diktatur Milosevics identifiziert, ist mit 190.000 Mitgliedern eine große Partei und war nach Milosevics Sturz ein permanenter Spitzenakteur auf der politischen Bühne Serbiens. Sie stellte zwischen 2000 und Ende 2003 sowie 2008 und 2012 den Ministerpräsidenten; sie war mit Ausnahme der Jahre 2003 bis 2007 an allen Regierungen beteiligt; von 2004 bis 2012 stellte sie den Staatspräsidenten, seit 2000 das Führungspersonal der Stadtregierung Belgrads und der Vojvodina. Die DS ist seit 12 Jahren so eng mit den serbischen Regierungsstrukturen verflochten, dass wohlmeinende Kritiker glauben, die Partei brauche eine Legislaturperiode in der Opposition, um sich zu regenerieren. Die Frage ist jedoch, ob eine Partei, die sich an die Teilhabe an der Regierungsmacht gewöhnt hat, fern der Macht überleben kann, ob sie sich nicht statt dessen selbst zerfleischt und, wie in den neunziger Jahren, zu einer Siebenprozentpartei zurückentwickelt.

So brachen in dem Augenblick, in dem die Bildung einer SPS-SNS-Regierung bekannt wurde, innerhalb der DS Streitigkeiten aus, die auf eine Auseinandersetzung zwischen Boris Tadic und Dragan Djilas hinauslaufen. Tadic wird vorgehalten, dass er nicht die Verantwortung für die Wahlniederlage übernahm und vom höchsten Parteiamt zurücktrat. Tadic selbst dagegen weist die Verantwortung für die Niederlage der Korruption mehrerer stellvertretender Parteivorsitzender – unter anderem Djilas – zu und droht mit Aufdeckung und Bestrafung (Tadic selbst gilt nicht als korrupt). Ein anderer Streit betraf die DS-Politikerin Milica Delevic, Ex-Ehefrau von Djilas und bislang die Leiterin des Amtes für Europäische Integration. Delevic, eine kompetente und in EU-Fragen erfahrene Politikerin, war von dem neuen Regierungsbündnis das Außenministerium angeboten worden – ein Angebot, das sowohl auf die europapolitische In-


kompetenz der neuen Koalition hinweist als auch auf deren guten Willen, auch über parteipolitische Grenzen hinaus eine angemessene Europapolitik zu gewährleisten. Milica Delevic musste jedoch der Parteiräson folgen und das Angebot ablehnen. Dies war Djilas zufolge ein schwerer Fehler: Eine von der DS gestellte Außenministerin wäre seiner Ansicht nach der erste Schritt zu einer Aufweichung der neuen Koalition und damit zu einer Großen Koalition aus DS und SNS gewesen.

Der Streit zwischen Tadic und Djilas könnte freilich dadurch relativiert werden, dass ein neuer Joker in die innerparteiliche Auseinandersetzung eingreift, der seit Langem im Schatten der serbischen Politik steht: Zoran Zivkovic, ehemaliger Bürgermeister von Nis, der nach der Ermordung Zoran Djindjics vorübergehend das Amt des Ministerpräsidenten besetzt hatte, dann aber von Tadic als Präsident der DS verdrängt wurde und damit auch das Amt des Ministerpräsidenten räumen musste. Zivkovic ist der einzige serbische Politiker seit dem Jahre 2000, der aus der Führungsposition einer Partei vertrieben wurde, ohne die Partei zu spalten oder zu verlassen. Er befindet sich unspektakulär im Wartestand, ist für viele aber im Vergleich zu den stellvertretenden Vorsitzenden der DS ein »Titan«, der eine reale Chance hätte, Tadic und Djilas die Führungsposition streitig zu machen.

Unter der Voraussetzung, dass sich die DS zumindest für eine gewisse Zeit selbst paralysieren könnte, gerät die LDP in eine Schlüsselposition, durch die ihre Bedeutung weit über ihre reale Machtposition hinaus (sie hält 20 Parlamentsmandate) wachsen könnte. Die LDP ist politisch-programmatisch eindeutig pro-europäisch und oszilliert nicht wie die DS zwischen »Europa« und dem Kosovo. Diese Eindeutigkeit könnte sie zum Bezugspunkt auch für viele Abgeordnete der DS machen. Allerdings ist die LDP trotz ihrer progressiven Programmatik wie alle serbischen Parteien (außer, mit Einschränkungen, der DS) eine autoritäre Führerpartei, was ihre Attraktivität auch wieder einschränken dürfte.

Perspektive?

Die Herausforderungen, vor denen die neue Regierung steht, sind vor allem wirtschaftlicher Natur. Es geht das Gerücht um, dass dem serbischen Staat schon im August die Mittel fehlen werden, um Löhne, Gehälter und Renten ausbezahlen. Serbien muss also einen Kredit aufneh-



men. Dinkic hat Russland als Kreditgeber ins Spiel gebracht, wahrscheinlich aber wird es der IWF sein, an den sich die Regierung wenden muss, und der IWF wird jeden Kredit mit den Auflagen verbinden, deren Erfüllung die Regierungspolitiker heftig abgelehnt haben. Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach bei der vom IWF diktierten orthodoxen makroökonomischen Politik bleiben. Und auch auf der mikroökonomischen Ebene wird sich wenig ändern: Die neue Regierung kündigte an, die Führung der öffentlichen Unternehmen zu »professionalisieren«, dabei hatte sie lange vor Amtsantritt das getan, was alle serbischen Regierungen tun: Sie teilte die öffentlichen Unternehmen (die 800.000 der 1,8 Millionen formellen Beschäftigungsverhältnisse in Serbien stellen) unter den Parteien auf. So erhielt die SNS die Zentralbank (die dem Gesetz nach unabhängig ist), und Telekom Srbija, die SPS das Elektrizitäts-Unternehmen EPS, die Dunav-Versicherungen und die Post, und die URS wurde unter anderem mit der Komercijalna Banka und den staatlichen Ski-Resorts bedacht.

Droht der Rückfall in die neunziger Jahre? Die Zeichen sind gemischt. Verteidigungsminister Vucic hat die alleinige Kontrolle über die drei Geheimdienste des Landes an sich gezogen, und dem entsprechenden Parlamentsausschuss steht ebenfalls ein SNS-Politiker vor.

Es ist denkbar, dass sich das bislang eher liberale politische Klima wieder verschlechtert. Da die wichtigste politische Konfliktlinie in Serbien nicht zwischen links und rechts verläuft, sondern zwischen Nationalismus und Zivilgesellschaft, ist es auch nicht ausgeschlossen, dass die Regierung nach dem Vorbild Putins den zivilgesellschaftlichen Organisationen das Leben schwerer macht. Doch solange sich Serbien auf die EU zubewegt, sind der inneren Repression Grenzen gesetzt. Und nach außen ist Serbien für niemanden mehr eine Bedrohung. Nikolic hat eingeräumt, dass er nie Präsident in Pristina sein werde; und die neue Regierung hat das Kosovo-Ministerium auf ein »Büro« heruntergestuft. Nicht mehr nur *de facto*, sondern auch in der öffentlichen Rhetorik geht es zunehmend nur noch um den Norden des Kosovo, um vier Gemeinden also, deren Bevölkerung der einer deutschen Kleinstadt entspricht, und in denen das Gewaltmonopol in den Händen von NATO-Truppen liegt – keine guten Voraussetzungen für ein neues Balkan-Drama.

Wenn der Balkan das Land des Bluts und des Honigs sei, so Ministerpräsident Dacic in Anspielung auf den Film von Angelina Jolie, sei nach dem Blut der Vergangenheit nun der Honig an der Reihe. Blut wird nicht mehr fließen, zu befürchten ist nur, dass auch der Honig ausbleibt.



Über den Autor

Michael Ehrke ist Landesvertreter der FES in Serbien und in Montenegro.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-235-4